

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Kurt Müller, Dresden
Hauptredaktion: Dresden, Hauptstraße 13
Telefon: 1551-1552

Bezugspreise: Bei 12 monatlicher Zahlung monatlich 3,20 RM. (einschließlich 10 % für Kontokorrent) und außerhalb des Reichsgebietes 3,50 RM. ...

Druck: W. G. ...

Heute Abend Terror-Motverordnung

Sondergerichte in Preußen - Ausdehnung der Todesstrafe

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. August. Die Kabinettsitzung, an der der Reichskanzler gestern Abend alle Reichsminister für heute gebeten hat, hat am Dienstagmittag in der Reichskanzlei begonnen. In politischen Kreisen herrscht kein Zweifel darüber, daß es zum Erlass der neuen Motverordnung und zur Verhängung der Strafbestimmungen gegen alle Terroristen kommt. Nach Schluß der Kabinettsitzung wird das Ergebnis telefonisch nach Reichsland mitgeteilt und dort dem Reichspräsidenten vorgelegt werden. In politischen Kreisen erwartet man die Entscheidung noch für heute Abend. Der Reichspräsident selbst wird morgen, Mittwoch, in Berlin eintreffen. Was die Verordnung der Reichsregierung über die Sondergerichte angeht, so rechnet man damit, daß die Einrichtung solcher Sondergerichte in Berlin und denjenigen preussischen Provinzen vorgenommen wird, wo besonders gefährliche Attentate vorgekommen sind, also Ostpreußen, Schlesien, Schwesig-Pommern und Brandenburg. Da sich die Einrichtung von Sondergerichten auch auf das Land Braunschweig beziehen wird, steht noch dahin. Grundlegend gilt für diese Sondergerichte, daß sie Verbrechen der Länder darstellen. Ihr Sitz wird von der Reichsregierung im Benehmen mit den Justizverwaltungen der Länder bestimmt, ebenso ihr Geltungsbereich.

Die Gerichte entscheiden im Schnellverfahren. Eine Berufung ist unzulässig.

Für Gnadenakte ist nicht der Reichspräsident, sondern die Landesregierung zuständig. Es ist vorgesehen, daß bereits anhängig gemachte Verfahren vor die neuen Gerichte kommen. Allerdings finden bei diesen Fällen die verschärfsten Strafvorschriften keine Anwendung. Während

es die Todesstrafe bisher im Strafgesetzbuch nur bei Mord und außerhalb des Strafgesetzbuches vor allem im Sprengstoffgesetz gab, soll jetzt Todesstrafe bei folgenden Tatbeständen vorgeesehen sein: Hochverrat, Brandstiftung, Explosion, vorsätzliche Herbeiführung von Ueberschwebungen, Beschädigung von Eisenbahnanlagen, Landesverrat, für Mordbeteiligte bei Gewalttätigkeiten und Zusammenrottungen, wenn die Täter die Ausführungen im Bewusstsein haben und dabei ein Mensch ums Leben gekommen ist. Es wird für die Verhängung der Todesstrafe nicht Voraussetzung sein, daß jemand einen anderen vorsätzlich mit Ueberlegung tötet, sondern

es würde genügen, daß jemand mit der Waffe bei Zusammenrottungen erschossen wird und bei diesen Zusammenrottungen ein Mensch umkommt, ohne daß gerade der mit der Waffe dabei gefasste selbst den Tod eines anderen gewollt hat.

Neben der Todesstrafe sind aber auch bei den freizeitschweren Verbrechen beabsichtigt. Ueber die Einzelheiten entscheidet jedoch erst das Reichskabinet.

Die Pläne, die auf die Umwidmung des Reichskabinetts abzielen, sind bisher noch nicht über Gespräche einer inoffiziellen Fühlungnahme hinaus gekommen. Die eigentlichen Verhandlungen werden erst nach der Rückkehr des Reichspräsidenten beginnen. Gleich nach seinem Eintreffen werden morgen der Reichskanzler und über die außenpolitische Lage der Reichsaussenminister dem Reichspräsidenten Vortrag halten. Ein Empfang von Parteiführern beim Reichspräsidenten ist nicht beabsichtigt.

Riesenrazzia im Hamburger Gängeviertel

1500 Polizeibeamte eingesetzt

Hamburg, 9. August. Im Hamburger Gängeviertel, das in letzter Zeit vielfach der Ausgangspunkt von Unruhen gewesen ist und in dem schon des öfteren Polizeibeamte angegriffen und in verschiedenen Fällen auch tödlich verletzt wurden, nahm die Polizei heute in den frühen Morgenstunden eine ganz groß angelegte Durchsuchung vor. Nicht weniger als 1500 Polizei- und Kriminalbeamte riegelten das ganze Gängeviertel ab und durchsuchten es aufs gründlichste nach Waffen und verdächtigen Personen. In den Wohnungen wurden teilweise die Fußböden aufgerissen und nach Waffen durchsucht.

Die große Razzia dauerte bis 12 Uhr. Es wurden 16 Handfeuerwaffen, drei Millimetergewehre, zwei Jagdgewehre, sieben Seitengewehre, zahlreiche Gummiknüttel, teilweise mit Blei bzw. Eisenfüllung versehen, Stahltroten, Eisenknüttel, Dolche, Schlagringe und große Mengen Munition beschlagnahmt. Bei der Durchsuchung wurden gleichfalls umfangreiche Schritten hochverräterischen Inhalts gefunden und beschlagnahmt. Etwa 50 Personen wurden festgenommen. Ferner wurde im Kornträgergang eine Fallschmälzwerkstatt ausgehoben und die Fallschmälzer verhaftet.

Sammelwaffenscheine für das Reichsbanner

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Aug. Der nach Ostpreußen entsandte Kommissar der preussischen Regierung ist nach Berlin zurückgekehrt und hat hier Bericht erstattet. In der genannten Provinz wird systematisch eine Entwaffnungsbekämpfung durchgeführt. Es hat sich übrigens herausgestellt,

daß der frühere sozialdemokratische Polizeipräsident sich nicht getraut hat, Sammelwaffenscheine an das Reichsbanner anzugeben.

Man ist deshalb zur Zeit mit der Nachprüfung aller Genehmigungen zum Waffentragen beschäftigt und wird rüchenschaftlos alle Waffenscheine einziehen, die unberechtigter Weise ausgestellt worden sind. Außerdem finden jetzt in Ostpreußen Nacht für Nacht Waffenrazzien statt. Leute, die bei Zusammenrottungen mit Waffen angetroffen werden, erhalten jetzt durchweg die in der letzten Motverordnung für solche Fälle vorgesehene dreimonatige Zuchthausstrafe. Diefelbe zusätzliche Maßnahme tritt dort ein, wo die Gerichte nach Ansicht der preussischen Regierung bei Waffenscheine und Beteiligung an Ausführungen zu milde geurteilt haben. Die Strafverfolgungsbehörden sind angewiesen worden, in Zukunft möglichst harte Urteile zu fällen, damit eine abschreckende Wirkung erzielt wird.

Außerdem hat sich der Reichskommissar für Preußen entschlossen, sofort einen Spezialkommissar nach Ostpreußen zur Untersuchung der dortigen Zustände zu entsenden.

95 000 Mann im Freiwilligen Arbeitsdienst

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. Aug. Wie vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, waren Anfang Juli 70 000 Mann im freiwilligen Arbeitsdienst tätig. Diese Ziffer hat sich bis Anfang August auf 95 000 erhöht. Nach vor Eintritt des Winters will man die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst Tätigen auf 200 000 steigern. Aus diesem Grunde hat der Reichsarbeitsminister ein Rundschreiben an alle Landesregierungen, Behörden usw. erlassen und sie um planmäßige Erhaltung aller Arbeitsmöglichkeiten gebeten. Ferner ist eine Zahlungsausnahme des Reichskommissars für Arbeitsdienstpflicht mit großer Verbänden und Vereinigungen erfolgt, die bereits seit längerer Zeit Träger der Arbeitsdienstpflicht gewesen sind. Außerdem werden morgen Besprechungen mit führenden Wirtschaftskreisen stattfinden. Die Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst werden am Mittwoch veröffentlicht werden.

Kabinettsitzung ohne Schleicher

Berlin, 9. August. Wie ergänzend verlautet, nimmt an der Kabinettsitzung Reichswehrminister General v. Schleicher nicht teil, da er von den Manövern der Flotte nicht mehr rechtzeitig zurückkehren konnte. Seine Anwesenheit ist aber insofern unerheblich, als der Standpunkt des Reichswehrministers dem Reichskabinet bekannt ist und für seine Vertretung entsprechend bindende Weisungen vorliegen. General v. Schleicher ist immer der Auffassung gewesen, daß zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung die härtesten Maßnahmen angebracht seien. Er wird im übrigen vertreten durch den Chef des Ministeramtes, Oberst v. Bredow.

Die Errichtung von Selbstschutzorganisationen

Berlin, 9. August. Im Zusammenhang mit Meldungen aus Braunschweig über den Aufbau einer Selbstschutzorganisation in der Presse vielfach Erörterungen über die Möglichkeit und Zulässigkeit von Selbstschutzorganisationen erfolgt. Von zuständiger Seite wird dazu noch einmal auf die vor einigen Tagen vom Reichsinnenministerium beantragte Richtlinien hingewiesen, wonach politische Organisationen nicht als Selbstschutzorganisationen verwendet werden dürfen. Das Reichsinnenministerium wird genau darauf achten, daß diese Richtlinien eingehalten werden, und die Maßnahmen der einzelnen Länder nachprüfen.

Stadt in Flammen - 14 Todesopfer

Donaupolst, 9. August. Nach einer Meldung der „Donaupolst“ wurde die Stadt Botosani durch eine Feuerbrunst zum Teil zerstört. Im Arbeiterviertel der Stadt entbrannten aus bisher unbekannter Ursache an mehreren Stellen gleichzeitig Brände. Das Feuer griff mit rasender Schnelligkeit um sich. Nach einer halben Stunde fanden 14 Straßenhänge in Flammen. In der allgemeinen Aufregung dachten viele Einwohner nur an ihre eigene Rettung und ließen vielfach Angehörige im Stich.

Bisher sind 18 Todesopfer festgestellt worden, darunter mehrere Kinder.

Bei den Löscharbeiten explodierte in einem Fabrikhof ein Gasbehälter. Der Feuerwehrkommandant und drei Feuerwehrleute wurden erheblich verletzt. Ein Feuerwehrmann stürzte aus dem zweiten Stock des Fabrikgebäudes auf den Hof. Er wurde getötet. Nur ein plötzlich einbrechender heftiger Regenschauer rettete die ganze Stadt vor der Vernichtung.

Anschlag auf den Stettiner „Volkboten“

Stettin, 9. August. Aus einem fahrenden Auto wurde heute kurz vor 8 Uhr auf das Verlagshaus des sozialdemokratischen „Volkboten“ eine Dynamitbombe geworfen. Durch die großen Schaulusterscheiben, die Eingangstür und zahlreiche Einrichtungsgegenstände der Geschäftsstelle sowie zahlreiche Fensterhebeln in den anliegenden Häusern zerstört wurden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Ueber die Täter läßt sich zur Zeit noch nichts Genaueres sagen, da die politische Polizei noch mit der Aufklärung des Falles beschäftigt ist.

Drei Tote auf der Seehe Kaiserstuhl

Dortmund, 9. August. Im unterirdischen Betrieb der Seehe Kaiserstuhl II waren am Sonntag drei Bergleute durch Zubegeben eines Kohlenstellers verschüttet worden. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig, da dauernd Gesteinsmassen nachstürzten. Erst in der Nacht zum Sonntag konnten der Bergmann W. A. L. Ermann und dessen Bruder Bergmann Baumgardt tot geborgen werden. Der dritte Bergarbeiter, der Bauer Sandez, wurde gestern mittag gleichfalls tot aufgefunden.

Hochzeitsgesellschaft verunglückt - Sechs Schwerverletzte

Berlin, 9. August. Ein mit einer Hochzeitsgesellschaft besetzter Lastkraftwagen geriet beim Ueberholen eines Kraftfahrers ins Schleudern und tippte um. Hierdurch erlitten sechs Personen so schwere Verletzungen, daß sie in ein Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Hilfspolizei in End

Adnigberg, 9. August. Auch der gestrige Tag brachte in verschiedenen Teilen Ostpreußens wieder Anschläge politischer Art, ohne daß es zu erheblichen Verletzungen oder gar Totopfern gekommen wäre. Der Bürgermeister der Stadt Lud hat aus Bürgern der Stadt eine Hilfspolizei zur Unterstützung der örtlichen Polizeikräfte aufgestellt, die während der Nacht Polizeidienst verrichtet. In Adnigberg im Kreise Preußisch-Eylau sind gestern Nacht auf einem Gutshof und einem Weidwerk, beide Angehörige der KPD, Revolveranschläge verübt worden, die jedoch mißlingen.

In Drielsburg wurde die Wohnung eines früheren kommunistischen Stadtverordneten, der inzwischen zur SPD übergetreten ist, beschossen. Getroffen wurde niemand. Am vergangenen Donnerstag hatte der Betroffene auf einer Postkarte die Mitteilung erhalten, daß ihn innerhalb 14 Tagen der Tod ereilen würde.

Welter wurde in Braunsberg die Schaufensterscheibe einer Fahrradhandlung, deren Besitzer der KPD nahesteht, durch einen Steinwurf zertrümmert. In Drensfurt wurde in der Wohnung des Führers der KPD eine Fensterhebel eingeworfen. Als der Wohnungsinhaber eine Fensterhebel öffnete, fiel ein Stein. Er sah, wie ein unbekannter Räuber, und gab gleichfalls einen Schuss ab, der jedoch kein Ziel verfehlte.

In Marxenburg wurde auf die Wohnung eines Bäckers ein Bombenattentat verübt. Der 63-jährige Sohn des Bäckers wurde durch Sprengflügel am Kopf schwer verletzt. Der Bäckerei gehört keiner Partei an und betätigt sich auch nicht politisch.

Neue Terrorakte in Schlesien

Gleiwitz, 9. August. Wie die Polizeipressestelle mitteilt, wurden heute früh in Schönwald auf die Wohnung eines Schuhmachermeisters, der der Zentrumspartei angehört, Pistolen- und Karabinerschüsse abgegeben; verletzt wurde niemand. In Hindenburg wurde heute Nacht ein Sprengkörper in das Schaufenster eines jüdischen Gemischtwarengeschäfts geworfen. Kurz darauf wurde in einem Fenster des Büros der Internationalen Arbeiterhilfe ein Sprengkörper zur Entzündung gebracht. In Schomburg explodierte gestern Abend auf einem Gartengrundstück ein Sprengkörper. Zwei Kommunisten wurden als der Tat dringend verdächtig festgenommen.

Girschberg, 9. August. In der vergangenen Nacht wurde gegen das städtische Kunst- und Vereinshaus, ein nationalsozialistisches Bezirksrat, ein Bombenanschlag verübt. Die Fensterhebeln des Lokals wurden zertrümmert und das Haus stark beschädigt; Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Opernhaus, Schauspielhaus, Liberti-Theater, Die Komödie, Central-Theater, Residenztheater

1 2 3 4 5